

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr
Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:10 Uhr

Frau Ina Trüggelmann	Bezirksamt Brackwede, Amtsleitung
Frau Ivonne Berg	Bezirksamt Brackwede, Stellv. Amtsleitung
Frau Kirsten Leesemann	Bezirksamt Brackwede, Schriftführung
Herr Moritz Lipperts	Amt für Verkehr, zu TOP 4.1
Frau Mareike Honerkamp	Amt für Verkehr, zu TOP 4.1
Herr Malte Pankratz	Amt für Verkehr, zu TOP 7.1
Herr Ralph Stührenberg	Amt für Verkehr, zu TOP 7.1
Herr Alex Harder	Kleingartenverein „Am Steinbrink“ e.V., zu TOP 8

Frau Frauke Nierdieck
Herr Thomas Finke
Herr Kay Hartwich

Kleingartenverein „Am Steinbrink“ e.V., zu TOP 8
Umweltbetrieb der Stadt Bi, zu TOP 22nö
Agentur PLUSWERTE, zu TOP 22nö

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Busch begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur 07. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sie schlägt vor, Tagesordnungspunkte vorzuziehen, sobald Berichterstatter anwesend seien. Dies sei für die TOPs 4.1, 7.1 und 8 der Fall.

Frau Busch stellt fest, dass es darüber hinaus zur Tagesordnung keine Anmerkungen oder Änderungswünsche im öffentlichen Teil gäbe.

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Frau Busch fragt nach, ob es Einwohner*innenfragen gäbe.

Sie begrüßt die beiden Bürger des Stadtbezirks, Herrn Olbricht und Herrn Witthus, welche Ihre Einwohnerfragen vorab per Email zugesandt haben und welche im Ratsinformationssystem hinterlegt seien:

Herr Witthus: „Tempo 30 von Radwelt bis Adenauerplatz (beide Richtungen) zum Schutz von Fußgängern, insbesondere Schülern“

Frau Busch verweist auf die vorab eingegangene Stellungnahme des Amtes für Verkehr, welche ebenfalls im Ratsinformationssystem hinterlegt sei.

Frau Trüggelmann verliest die Antwort.

Herr Witthus erkundigt sich, ob die Bezirksvertretung Gadderbaum nicht weiter über die Angelegenheit diskutieren und befinden wolle.

Herr Miladinovic wirft ein, dass ein Antrag im Stadtentwicklungsausschuss (StEA) zur Sache vorläge und er daher keinen Diskussionsbedarf in der heutigen Sitzung sähe.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum stimmt dem zu.

Frau Busch verweist auf die ebenfalls vorab schriftlich eingegangene Bürgeranfrage des Herrn Olbricht: „Gefahrenstelle am Übergang Haller Weg / Fußgängerbrücke über den Ostwestfalendamm“.

Hierzu läge noch keine Rückmeldung der Fachverwaltung vor.

Frau Busch merkt ergänzend an, dass an der genannten Gefahrenstelle

Tempo 50 km/h gelte. Dies müsse bitte bei der noch ausstehenden Antwort beachtet werden.

Frau Busch fragt, ob es weitere Einwohnerfragen gäbe.

Herr Clüsener meldet sich zu Wort. Er erklärt, dass es seit Längerem Probleme am Parkplatz am Bolbrinker (neben der Langenhagenbrücke, wo die Lutter freigelegt sei) gäbe. Wohnmobile, abgemeldete PKW sowie Fahrzeuge aller Art würden dort illegal abgestellt. Ein Wohnmobil verliere seit drei Wochen Öl.

Er erkundigt sich, wer für die abgestellten PKW zuständig sei, und befürworte eine Bewirtschaftung des Parkplatzes.

Frau Busch erklärt, dass die Frage und das Anliegen an das Ordnungsamt weitergegeben werde.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 30.04.2026

Frau Busch bittet um Kenntnisnahme der Niederschrift und informiert überdies, dass das Protokoll nicht genehmigt werden muss. Durch die Unterschrift der Protokollführerin und die Unterschrift der Bezirksbürgermeisterin ist es zu einem Dokument geworden.

Herr Brunnert merkt an, ihm würde die Karte von Herrn Homann zum aktuellen Planungssachstand der Rampe am Johannisfriedhof zum TOP 7 aus der Sitzung vom 30.04.2026 noch fehlen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Niederschrift ohne weitere Einwände zur Kenntnis.

Anmerkung der Schriftführung:

Die entsprechende Karte „Arbeitsstand Rampe 16.04. Var2“ wurde direkt im Anschluss an die Sitzung im Ratsinformationssystem unter dem Tagesordnungspunkt 7 hinterlegt.

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Mitteilungen der Bezirksbürgermeisterin

27.06.26: 125 Tische Martini-Kirchengemeinde

04.07.26 Bethel Athletics

12.09.26: Straßenfest Bethel mit Musik auf dem Saronplatz

Edmund Geißler:

02.07.26, 18-20 Uhr: Aktuelle Betrugsmaschen erkennen,
Informationsveranstaltung im Assapheum

Mitteilungen der Verwaltung

Haushaltswirtschaftliche Sperre der Kämmerei

Auf- und Ausbau regionaler Kinderschutznetzwerke, des
Sozialdezernats

**Umsetzungsstand der Maßnahmen aus dem Kommunalen
Schulmobilitätskonzept** des Amtes für Verkehr mit Anlage

Frau Trüggelmann weist darauf hin, dass die Mitteilungen im
Ratsinformationssystem hinterlegt seien.

Frau Busch merkt an, dass es am Quellenhofweg an der Sekundarschule
bereits einen Eltern Parkplatz gäbe, hier jedoch das Schild entfernt
wurde. Es handelt sich hierbei um das „Kiss and Ride“-Modell. Sie bittet
das Amt für Verkehr um Rückmeldung, ob darüber hinaus noch eine
zweite Haltestelle errichtet werden soll.

Herr Klein stellt fest, dass die haushaltswirtschaftliche Sperre erhebliche
Auswirkungen auf die Arbeit der Bezirksvertretung Gadderbaum sowie
die Fassung von Beschlüssen habe. Er bittet die Kämmerei daher um
Erläuterung, welche Ausgaben verpflichtend und welche freiwillig seien.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Pilotprojekt Schulstraße an der Martinschule **Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1454/2025-2030

Frau Busch verweist auf die im Ratsinformationssystem hinterlegte Anfrage und Antwort.

Frau Busch begrüßt die Berichterstatter des Amtes für Verkehr, Herrn Lipperts und Frau Honerkamp, welche weitere Details mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation darstellen.

Frau Kollmeier erkundigt sich zu Folie 5, ob es sich hierbei um ein repräsentatives Ergebnis handele.

Herr Lipperts bestätigt dies.

Herr Strauch erkundigt sich, ob es auch negative Auswirkungen der Schulstraße auf andere Bereiche gäbe. Was ist mit der Frequentierung der Schulstraße durch Elterntaxis nach Schulschluss?

Herr Lipperts erklärt, dass aktuell eine leichte Verlagerung der Elterntaxen an den Martiniweg gäbe. Da der Schulunterricht nicht für alle Kinder zur selben Zeit beendet würde und die Abholzeit aus der Offenen Ganztagschule (OGS) nicht fix sei, sei die Frequentierung nach Schulschluss unproblematisch.

Frau Honerkamp merkt an, dass auch die Erfahrungen anderer Städte mit Schulstraßen keine anderen Ergebnisse vorweisen würden. Bei einer zeitlichen Erweiterung der Schulstraße würde es sich jedoch um einen großen Einschnitt für die Anwohner handeln.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bedankt sich für die ergänzende Berichterstattung und nimmt Kenntnis.

Anmerkung der Schriftführung:

Im Nachgang zur Sitzung wurde die Powerpoint-Präsentation des Amtes für Verkehr im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme hinterlegt.

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Aktueller Sachstand bei der geplanten Ertüchtigung der Turnhalle am Sportpark Gadderbaum **Anfrage des Einzelvertreters der FDP**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1539/2025-2030

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Eine Antwort lag zur Sitzung nicht vor.

-vertagt-

-.-.-

Zu Punkt 5 Unerledigte Punkte vorangegangener Tagesordnungen

**Zu Punkt 5.1 Dauerhaft abgestellte Wohnmobile auf den Parkplätzen
Bollbrinkers Weg und Bodelschwinghstraße
Anfrage der CDU-Fraktion**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0885/2025-2030

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Eine Antwort lag zur Sitzung nicht vor.

-vertagt-

-.-.-

**Zu Punkt 5.2 Beschädigung von Hinweisschildern auf einer Wiese am
Ellerbrocks Feld
Anfrage der SPD-Fraktion**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1181/2025-2030

Frau Busch merkt an, dass die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Herr Miladinovic bestätigt, dass die Hinweisschilder inzwischen ausgetauscht wurden.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 5.3 Bereitstellung von Stellplätzen für E-Scooter und Fahrräder
am Eingang in das Johannistal im Bereich der Stützmauer des
Ostwestfalendamms
Anfrage des Einzelvertreters der FDP**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1165/2025-2030

Frau Busch weist darauf hin, dass die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Herr Spilker bedankt sich für die Antwort, erklärt jedoch, noch weitergehende Nachfragen hierzu zu haben:

- Welches städtische Gremium hat beschlossen, dass Flächen an sogenannten "Stationen" zum Abstellen im Innenstadtbereich auszuweisen sind?
- Wer trägt dafür die Kosten?
- Dürfen Fahrzeuge zukünftig generell nicht mehr außerhalb dieser Stationsflächen im Innenstadtbereich und im Eingangsbereich vom Johannistal abgestellt werden?

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5.4 Überfüllung eines Mülleimers/Vermüllung der Bushaltestelle "Gilead IV" am Karl-Siebold-Weg
Anfrage der SPD-Fraktion

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1183/2025-2030

Frau Busch merkt an, dass die Anfrage und die Stellungnahme der Verwaltung im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung ständen.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 7 Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW

Zu Punkt 7.1 Anregung "Vollausbau der Straße „Am Botanischen Garten“"

Frau Busch verweist auf die im Ratsinformationssystem hinterlegte Bürgeranregung des Herrn Dennis Coesfeld, welche den Mitgliedern der Bezirksvertretung bereits vorab zur Kenntnisnahme übersandt wurde. Sie begrüßt ebenfalls den anwesenden Herrn Coesfeld sowie die Berichterstatter des Amtes für Verkehr, Herrn Pankratz und Herrn

Stührenberg.

Herr Coesfeld fasst noch einmal kurz den Werdegang seiner Bürgeranfrage zusammen.

Herr Stührenberg erklärt zum Anliegen des Bürgers, dass ein Vollausbau der Straße „Am Botanischen Garten“ mit Entwässerung durch den Anlieger in Höhe einer finanziellen Beteiligung von 90% getragen werden müsste. Kostenmäßig könne er sich nicht festlegen, da für eine verbindliche Erklärung vorab ein Planungsverfahren erfolgen müsse, sowie Angebote der entsprechenden Straßenbauunternehmen eingeholt werden müssten. Die Höhe der Erschließungsbeiträge gemäß Baugesetzbuch für die Anlieger richte sich nach der jeweiligen Grundstücksgröße. Nach aktuellem Stand könne er nur sagen, dass die Erschließungsbeiträge der Anlieger nicht geringer als 30€ pro m² der privaten Grundstücksfläche liegen würden.

Herr Pankratz ergänzt, dass voraussichtlich ca. 10cm von der Straßenoberfläche abgefräst und die darunter befindliche Schottererschicht erneuert werden müsste. Es sei derzeit eine Baustraße, die nicht genug Tragfähigkeit aufweise.

Herr Stührenberg fügt hinzu, dass aktuell keine unmittelbar bevorstehenden Arbeiten von beispielsweise Umweltbetrieb und Stadtwerke Bielefeld in der Straße Am Botanischen Garten beim Amt für Verkehr angemeldet seien.

Herr Miladinovic erklärt, Verständnis für das Begehren des Bürgers zu haben. Allerdings handele es sich um sehr viel Geld für den Einzelnen. Er regt an, zunächst eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen, um Interesse und Bereitschaft der restlichen AnliegerInnen zu ermitteln.

Herr Strauch erkundigt sich nach Herrn Coesfelds tatsächlichen Problemen.

Herr Coesfeld erklärt, dass die Straße bei Starkregen regelmäßig überspült werde.

Herr Strauch fragt nach, welche Verkehrssicherungspflicht die Stadt hätte.

Herr Pankratz betont, dass es einen Unterschied zwischen Ausbau und Verkehrssicherungspflicht einer Straße gäbe:

Der Verkehrssicherungspflicht würde aktuell mit der Ausbesserung und der Straße sowie der Beseitigung der akuten Schäden Rechnung getragen. Schäden, die durch Entwässerung entstünden, oblägen jedoch dem Eigentümer/der Eigentümerin. 10jährige Wetterereignisse seien über die Versicherung abzuwickeln.

Herr Klein fragt nach, wie vergleichbare Bürgeranregungen abgelaufen seien.

Herr Stührenberg erklärt, dass die Entscheidungskompetenz der Bezirksvertretung obliege. Die sich an einen Vollausbau anschließende Beitragserhebung finde dann über das Amt für Verkehr statt. Die

Stadtverwaltung sei rechtlich verpflichtet, die fälligen Beiträge zu erheben. Falls es dem Einzelnen nicht möglich sei, den geforderten Betrag in einer Summe zu zahlen, könne man unter bestimmten Voraussetzungen eine Ratenzahlung vereinbaren.

Frau Busch weist darauf hin, dass man sich nicht in einer Bürgerbefragung verlaufen solle.

Herr Brunnert stellt fest, dass in 25 Jahren seiner Mitgliedschaft in der Bezirksvertretung nie über einen Antrag auf Erschließung einer Straße beschlossen wurde. Ähnliche Fälle gäbe es nicht. Er stellt fest, dass die Bürger nur 90% der tatsächlichen Kosten tragen würden. Seien die restlichen 10%, die auf die Stadt einfallen dann freiwillige Leistungen?

Herr Stührenberg erklärt, dass die Stadt nicht zu einer Vollsanierung verpflichtet sei, sie sei lediglich ihrer Verkehrssicherungspflicht schuldig.

Herr Pankratz ergänzt, dass es sich bei dem Vollausbau der Straße um eine investive Maßnahme handeln würde, die unter dem Vorhalt der Finanzierbarkeit stehe.

Herr Strauch schließt sich der Einschätzung von Herrn Miladinovic an, gemeinsam mit den Anwohnern einen Vorort-Termin anzuberaumen.

Herr Stührenberg erklärt, dass das Amt für Verkehr an einem Vorort-Termin teilnehmen würde, wenn dies gewünscht sei.

Frau Kollmeier erkundigt sich, wie viele Parteien von dem Vollausbau betroffen wären.

Herr Stührenberg erklärt, dass es sich um 31 Parteien handele.

Herr Schuckmann verweist auf das Büro für Dialog und Beteiligung der Stadt Bielefeld und regt an, ein erstes Meinungsbild über eine digitale Abfrage einzuholen. Fraglich wäre, wer diese vorbereiten würde.

Herr Spilker wirft ein, dass, sofern alle AnwohnerInnen beteiligt würden und eine Einladung zu einer Informationsveranstaltung ergehe, eine Darlegung erfolgen müsse, wie man an diesen Punkt gelangt sei und welche finanziellen Verpflichtungen mit einem Vollausbau einhergehen.

Herr Pankratz erklärt, dass die Verwaltung noch ermitteln müsste, was alles im Falle eines Vollausbaus der Straße Am Botanischen Garten an vorausgehenden Arbeiten stattfinden solle.

Die konkreten Kosten der Versorgungsleitungserneuerung könne zum jetzigen Stand nicht konkret beziffert werden. Dies sei erst ab einer vorgelegten Planung möglich.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung darum, nach der Sommerpause eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema „Straßensanierung Am Botanischen Garten“ zu planen und durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Berichterstattung Kleingartenverein am Steinbrink e.V.

Frau Busch begrüßt die beiden Berichterstatter des Kleingartenvereins „Am Steinbrink“ e.V., Frau Nierdieck und Herrn Harder.

Herr Harder stellt das Anliegen des Vereins anhand seiner mitgebrachten Powerpoint-Präsentation vor. Tenor des Vortrags sind dabei die Zuwegung der Kleingartenanlage, bzw. im Folgenden die Erweiterung der Öffnungszeiten des Tierparks Olderdissen:

Durch die Einzäunung bzw. Abriegelung des Tierparks außerhalb der Öffnungszeiten ergäbe sich, vor allem während der kürzeren Winteröffnungszeiten, für einige Mitglieder des Kleingartenvereins ein weiter Umweg, um die Anlage erreichen zu können. Die betroffenen Mitglieder könnten hier nicht, wie im Sommer, durch den bereits geöffneten Tierpark abkürzen.

Herr Harder erläutert, dass ihm vor Umsetzung der coronabedingten Maßnahmen in Aussicht gestellt worden sei, dass der Trampelpfad (s. Folie 6) am Hirschgehege langfristig erhalten werden könne. Hier hätte die Herstellung eines Schotterweges eine merkliche Verkürzung des Anreiseweges zum Kleingarten und die Unabhängigkeit von den Tierpark-Öffnungszeiten bewirken können.

Er sei enttäuscht davon, dass der Trampelpfad nunmehr nicht weiter befestigt, sondern für eine weitere Nutzung durch Baumstämme blockiert worden sei. Hintergrund des Ganzen sei der Erhalt einer Ruhezone und Rückzugsortes für die Hirsche.

Im Rahmen der Sommeröffnungszeiten des Tierparks Olderdissen (06:00 Uhr bis 22:00 Uhr), stelle die Zuwegung überwiegend kein Problem dar: Hier könne durch den Tierpark gegangen werden.

Herr Harder weist noch einmal explizit darauf hin, dass bereits im April die Pflanzzeit beginne. Hier wünsche sich der Kleingartenverein eine Anpassung der Öffnungszeiten.

Sommerzeit ab 01.04. (statt 01.05.), Winterzeit ab 01.11. (statt 01.10.) sowie längere Abendöffnungszeiten (Sommer bis 23:00 Uhr, Winter bis 21:00 Uhr) (s. Folie 9).

Nach kurzer Diskussion fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet den UWB um Prüfung, ob die Öffnungszeiten des Tierparks Olderdissen entsprechend der Vorschläge des Kleingartenvereins „Am Steinbrink“ e.V. angepasst werden können.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Bericht zur Anlass-Unfallkommission 2026-I

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0692/2025-2030

Frau Busch verweist auf die Vorlage und bittet um Kenntnisnahme.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Aktuelle Straßenbaustellen 2026 - Stand 05/2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1258/2025-2030

Frau Busch bittet mit Verweis auf die Vorlage um Kenntnisnahme.

Herr Brunnert befindet die Übermittlung aktueller Baustellen für gewinnbringend. Er wundert sich, weshalb die Baustelle auf dem Haller Weg (Höhe OWD-Brücke) bisher jedoch keine Erwähnung gefunden habe. Diese sei die einzige Zuwegung zum Wohngebiet und daher relevant.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

Aktueller Sachstand Umsetzung des Bielefelder Verkehrsleitsystems

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1285/2025-2030

Frau Busch verweist auf die im Ratsinformationssystem hinterlegte Vorlage des Amtes für Verkehr.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 12.1

Umbenennung der Busstation "Kükenshove" in "Kükenshove/Freibad Gadderbaum"

Frau Busch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Brunnert befindet die Ablehnung der Umbenennung der Haltestelle „Kükenshove“ für schlüssig.

Herr Schuckmann schließt sich der Einschätzung an.

Frau Busch schlägt vor, dem Freibadverein die bessere Kennzeichnung der kürzesten Wege von den Bushaltestellen zum Freibad zu überlassen.

Herr Miladinovic schlägt vor, das Freibad Gadderbaum unter „Sehenswürdigkeiten Bielefeld“ mit aufzunehmen.

Frau Kollmeier stellt fest, dass das Freibad bereits unter der Rubrik im Internet gefunden werden kann.

Aufgrund der Kennzeichnung in den „Sehenswürdigkeiten Bielefeld“ sowie insbesondere der Haushaltssperre sehen die Mitglieder der Bezirksvertretung Gadderbaum aktuell keinen Bedarf an der Umbenennung der Haltestelle „An der Rehwiese“. Auf weitere Maßnahmen werde daher zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12.2 Saisonaler Krötenschutzzaun im Johannistal – hier: Ergebnisse der Sammlung von Amphibienschutzmaßnahmen

Frau Busch verweist auf die im Ratsinformationssystem hinterlegte Antwort des Umweltamtes.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

-.-.-

Kerstin Busch

Kirsten Leesemann